

Bremen sozialer machen!

Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Bremen e. V. für die Legislaturperiode 2023-2027

Als Spitzenverband von rund [200 gemeinnützigen Organisationen](#) in Bremen und Bremerhaven aus dem gesamten Spektrum der sozialen Arbeit tritt der Paritätische Bremen für eine gerechte, nachhaltige, auskömmlich finanzierte und am Menschen ausgerichtete Sozialpolitik ein.

Unsere Kernforderungen:

1. **Fachkräftegewinnung in der sozialen Arbeit unterstützen!**

Der Fachkräftemangel bzw. die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte ist im sozialen Bereich seit Jahren das dringendste Thema und hat sich seit der Pandemie weiter zugespitzt – ob in der Pflege, der Erziehungshilfe, der Kinderbetreuung oder in der Eingliederungshilfe. Wir fordern:

- (Duale) Ausbildung in sozialen Berufen vorantreiben und auskömmlich finanzieren (z. B. bei Pflegefachkräften, Heilerziehungspfleger*innen, Erzieher*innen)
- Qualifizierungsmaßnahmen und Quereinstieg unterstützen, Anerkennungsverfahren (auch aus dem Ausland) auf den Prüfstand stellen und beschleunigen
- Die Ausbreitung von Leiharbeit in der Pflege und Eingliederungshilfe politisch steuern bzw. eindämmen
- Soziale Berufe in der Außenwahrnehmung stärken (auch zur Fachkräftebindung)

2. **Modernisierung der Zuwendungspraxis konsequent weiterverfolgen!**

Ein Großteil unserer Mitgliedsorganisationen finanziert sich über Zuwendungen. Hier sehen wir seit vielen Jahren deutlichen Handlungsbedarf. Erste Vorschläge, z. B. für Bürokratieabbau, sind gemacht worden. Diese müssen von den Behörden nun auch umgesetzt werden – schließlich übernehmen die zuwendungsempfangenden Organisationen zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Wir fordern:

- Zuwendungsbeträge an inflationsbedingte Steigerung anpassen!
- Die Tarifentwicklung berücksichtigen!
- Mehrjährigkeit bei der Bewilligung ermöglichen!
- Festbetragsfinanzierung auch jenseits der 5.000-Euro-Grenze!

Weitere Forderungen aus den Fachbereichen:

Für ein sozial gerechtes Land Bremen

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung ist in Bremen so dringend wie nie zu vor. Die Armutsquote in Bremen liegt bei 26,9 %, in Bremerhaven sogar bei 34,8 %. Damit ist mehr als jede*r Vierte in unserem Bundesland von Armut betroffen. Wir fordern:

- **Armut wirksam bekämpfen und Armutsgefährdung entgegenwirken!**
Die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Armutsbekämpfung muss ausgebaut und verstetigt werden, auf Bundesebene setzen wir uns für eine Erhöhung des Regelsatzes um mindestens 200 Euro ein. Niedrigschwellige Gesundheits-, Präventions- und Beratungsangebote in den Stadtteilen müssen ausgebaut werden.
- **Beantragung von Leistungen erleichtern, Rechtsansprüche sicherstellen!**
Es braucht eine Verbesserung bei der Qualifizierung der Beratenden und der

Verwaltungsausstattung zur Erfüllung von Rechtsansprüchen, etwa bei Wohngeldstellen oder im Jobcenter: Zügige Bearbeitung von Anträgen – Verzögerungen verhindern Anspruch auf andere Leistungen; analoge Erreichbarkeit ermöglichen (Teilhabe!)

- **Wohnraum sicherstellen, Anteil von Sozialwohnungen ausbauen!**

Auf Bundesebene sollte sich Bremen für eine Verschärfung der Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen/Mietpreisbremsen einsetzen. Wohnobjekte nicht zu Renditeobjekten werden lassen und stattdessen Anteil der Sozialwohnungen sichern bzw. ausbauen. Sanktionen und Regelungen für Leerstand verschärfen, um erschwinglichen Wohnraum nicht zu verschwenden.

Für eine gute Versorgung im Alter

Viele ältere Bürger*innen müssen für ihre Pflege zuzahlen oder sind auf Sozialleistungen angewiesen. Auf der anderen Seite stehen die Träger nicht nur durch den wachsenden Personalmangel, sondern auch aufgrund steigender Kosten und Anforderungen am Limit.

- **Bezahlbare Pflege für ältere Menschen schaffen!**

Für viele Pflegebedürftige im stationären Bereich ist es inzwischen selbstverständlich, „Hilfe zur Pflege“ zu beantragen. Das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG)G löst die Probleme der Pflege nicht. Bremen sollte sich im Rahmen seiner bundesgesetzlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass menschenwürdige Pflege auch in Zukunft für alle gewährleistet und vor allem finanziert werden kann - Stichwort: Pflegevollversicherung.

- **Finanzierung der Pflege für Anbieter sicherstellen und entbürokratisieren!**

Wir fordern: Pflegesatzverhandlungen und Verfahren beschleunigen, Neuregelung der Heimbauverordnung überprüfen, Verpflegungssätzen für Heimbewohner*innen anheben, um eine ausgewogene und klimafreundliche Ernährung gewährleisten zu können, Vereinfachung von Meldewegen vereinfachen und Pflegepraxis aktiv bei der Nutzenbetrachtung einbinden!

Für eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendhilfe

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist aktuell mit vielen Herausforderungen konfrontiert, z. B. der Aufarbeitung der Pandemiefolgen oder der Integration junger Geflüchteter. Hier müssen Träger dringend entlastet und die Refinanzierung an die Realität angepasst werden.

- **Finanzierung gemäß neuen Aufgaben anpassen!**

Für die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages benötigen die Träger finanzielle und qualitative Ausstattung sowie Planungssicherheit. Dazu sollte die Finanzierung mehrjährig ausgestaltet sein und die Budgets an die Teuerungsrate angepasst werden. Zur Ausbildung von pädagogischen Fachkräften müssen finanzielle Voraussetzungen geschaffen und die Rahmenbedingungen zur Ausbildungsberechtigung angepasst werden. Außerdem bedarf es finanzieller Ressourcen für zusätzliche Handlungsfelder z. B. Digitalisierung, Medienkompetenz, präventive Angebote, Gesundheitsförderung.

- **Ganztagschulen mit Angeboten der offenen Jugendarbeit verzahnen**

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 wird die Notwendigkeit einer Kooperation mit außerschulischen Angeboten noch dringlicher. Dazu braucht es eine Verständigung über eine gemeinsame Qualitätsentwicklung aller beteiligten Kooperationspartner sowie realistische Rahmenbedingungen für eine verstetigte und systematische Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit.

Für eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung – für alle

Gute und zuverlässige Kinderbetreuung ist nicht vor dem Hinblick des Fachkräftemangels für unsere Gesellschaft unerlässlich. Die frühkindliche Bildung spielt auch im Kontext von Chancengleichheit, Integration und Sprachförderung eine zentrale Rolle.

- **Finanzierung der Kindertagesbetreuung auskömmlich und transparent gestalten!**
Wir fordern eine Änderung der Finanzierung von Kitas von Zuwendung auf Entgelte, eine Anpassung der Referenzwertfinanzierung und Richtlinienfinanzierung gemäß gestiegenen und einheitlichen Anforderungen sowie die Anerkennung der erzieherischen Anforderungen durch Eingruppierung aller Erzieher*innen in 8b TVöD SuE.

Für ein inklusives und barrierearmes Bremen

Eine Gesellschaft der Vielfalt muss bauliche und bürokratische Barrieren abbauen und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Miteinander ermöglichen.

- **Bundesteilhabegesetz in Bremen zügig und unbürokratisch umsetzen!**
Wir fordern eine Verschlankung der Anforderungen an Dokumentations- und Nachweispflichten für die Leistungserbringer sowie eine konsequente Entfristung bei Bewilligungsbescheiden!
- **Realistische Bedingungen für Bauvorhaben in der Eingliederungshilfe schaffen!**
Die Träger benötigen eine an Marktpreisen orientierte Refinanzierung von Bau- und Mietkosten, zügige Bearbeitung von Bauanträge zur Vermeidung von Folgekosten, Gleichbehandlung aller sozialen Bedarfsgruppen bei Genehmigungs- und Finanzierungsverfahren, Festlegung bedarfsgerechter Wohnraumstandards für Menschen mit Behinderung zur Orientierung auf Seiten der Träger.
- **Bremer Fachkonzept inklusives SGB VIII entwickeln!**
Wir fordern die Entwicklung eines Inklusionskonzeptes mit tragfähigen und ressortübergreifenden Strukturen aus Jugend, Kinder und Bildung, Gesundheit. Es braucht eine gemeinsame Qualifizierung von Fachkräften der freien Träger und des öffentlichen Trägers für die inklusive Jugendhilfe.
- **Inklusive Bildung in Kitas ohne Ressourcenvorbehalt umsetzen!**
Hier braucht es eine strukturelle und finanzielle Ausstattung sowie weitere Qualifizierung von Fachkräften, Entwicklung von Strategien im Umgang mit hohem Anteil von Förderkindern, Optimierung der Antragstellung für Förderbedarf.

Für gerechten und sozial ausgewogenen Klimaschutz

Bei allen klimapolitischen Maßnahmen – sowohl im privaten als auch in der Stadtentwicklung – muss die soziale Frage immer mitgedacht werden. Nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch in unserem Bundesland sind es besonders die einkommensschwachen Bevölkerungsteile, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden (Hitze, wenig Grünflächen, Verkehr ...). Wir fordern:

- Stadt- und Verkehrsplanung muss immer auch ökosoziale Faktoren berücksichtigen. Die ökologische Aufwertung von armen und reichen Stadtteilen muss ausgewogen erfolgen.
- Förderung nicht nach dem "Gießkannenprinzip" verteilen, sondern bei energetischen Maßnahmen vor allem Menschen mit geringem/ohne Einkommen berücksichtigen. Sanierungskosten dürfen nicht (allein) auf Mieter*innen/ Nutzer*innen umgelegt werden.